

Wenn aber eine schlechte Charaktereigenschaft positive Effizienzwirkung entfalten kann, warum soll dann nicht der Sozialneid positive Reaktionen im Sinne der Entwicklung von Sozialstaatlichkeit befördern? Die Ökonomie misst hier immer noch mit zweierlei Maß, und das Übersehen dieser Tatsache erzeugt unter anderen Sozialwissenschaftlern und Verhaltensforschern denn auch regelmäßiges Kopfschütteln. Es ist also inkonsequent, die entscheidende normative Frage abzutun, die da lautet: Ab welchem Niveau wird Ungleichheit zum Problem an sich? Diese Frage kann nicht mit letzter wissenschaftlicher Autorität quantitativ geschätzt, sondern allerdings demokratisch ermittelt werden. Dennoch ist genau sie das normative Grundproblem von *Piketty*: Ab wann wird Ungleichheit zu einem solch gravierenden Problem, eine solch gravierende Verletzung der sozialen Solidarität, dass Intervention geboten ist, selbst wenn sie auf Kosten anderer Werte ginge? *Piketty* liefert darauf eine interessante, wenn auch nicht immer konsequente Antwort. Der Frage hat jedoch *Piketty* enormen Auftrieb verschafft.

Achim Kemmerling

Oppelland, Torsten und Hendrik Träger. *Die Linke. Willensbildung in einer ideologisch zerstrittenen Partei.* Baden-Baden. Nomos 2014. 263 Seiten. 19,90 €.

Auf keine deutsche Partei lässt sich der Ausspruch „Totgesagte leben länger“ treffender anwenden als auf die Linkspartei. Seitdem ihr Vorgänger, die PDS, aus der vormaligen Staatspartei der DDR hervorgegangen ist, wird die heutige Linkspartei von Abgesängen aus

Politik, Publizistik und nicht zuletzt der Politikwissenschaft begleitet. Zuletzt war dies im Vorfeld des Göttinger Parteitages im Juni 2012 der Fall. Die Linkspartei, so der Tenor aller ex-ante-Nachrufe, sei ideologisch schlichtweg zu zerstritten, um sich dauerhaft im Parteiensystem der Bundesrepublik etablieren zu können. Dennoch, ähnlich wie einst bei Mark Twain, sind Nachrichten über den Tod der Linkspartei bislang stets stark übertrieben gewesen. Aus der neuen Monographie von *Torsten Oppelland* und *Hendrik Träger* lassen sich einige Hinweise zur Beantwortung der Frage entnehmen, warum dies der Fall sein könnte.

Das anzuseigende Buch ist Teil der von Karl-Rudolf Korte herausgegebenen Reihe „Die politischen Parteien der Bundesrepublik Deutschland“, in der das „innovative Forschungszentrum“ jedes Bandes auf der „Frage nach der formellen und informellen Organisation der Entscheidungsprozesse und Machtzentren“ (6) der jeweils behandelten Partei liegt. Darüber hinaus werden aber auch die historische und programmatische Entwicklung sowie die Wählerpotenziale und strategischen Optionen der Linkspartei thematisiert. Im Ergebnis ihrer material- und kennnisreichen Studie machen *Oppelland* und *Träger* drei Formen der Willensbildung innerhalb der Linkspartei aus: erstens von den charismatischen Führungspersönlichkeiten wie Gysi, Bisky und Lafontaine herbeigeführte Ausgleiche sowie – in Abwesenheit dieser Führungspersönlichkeiten – zweitens Kompromisse der innerparteilichen Flügel, und drittens offene Konflikte (181). Angesichts der Tatsache, dass *Oppelland* und *Träger* der Linkspartei nachvollziehbar zugestehen, im Stile einer *single-issue* Partei mit dem Thema der

sozialen Gerechtigkeit verbunden zu sein (87), verwundert es eigentlich umso mehr, warum die Akteure der Linkspartei Beobachtern immer wieder Anlass bieten, ihr das Totenglöcklein zu läuten. In ihrer Abgrenzung der drei wichtigsten Strömungen Reformer, Orthodoxe und emanzipatorische Linke geben die beiden Autoren eine zunächst überraschende, bei näherem Hinsehen aber durchaus überzeugende Antwort: Zwar bestehen insbesondere zwischen Reformern und Orthodoxen tiefe Gräben hinsichtlich der Frage, ob man strategisch allein auf die parlamentarische Logik setzen soll (Reformer) oder stärker auf außerparlamentarische Bewegungen (Orthodoxe), letztlich eint die Antagonisten aber dasselbe Ziel, nämlich der demokratische Sozialismus (134). Noch bemerkenswerter ist allerdings das strategische „Muster“, das *Oppelland* und *Träger* herausarbeiten und „das nicht nur die PDS, sondern bis heute die Linke prägt“, nämlich „verbale Bekenntnisse zur Opposition, faktisch aber immer die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien sich als links der CDU begreifenden Parteien, sofern diese dazu bereit waren“ (147). Für dieses Muster spricht, dass die Linkspartei selbst da, wo sie am stärksten von Orthodoxen dominiert wird, in Hessen und Nordrhein-Westfalen, für (Tolerierungs-)Bündnisse mit der SPD und den Grünen offen war.

Aus diesem Befund von *Oppelland* und *Träger* ließe sich also folgern, dass es nicht nur keinen fundamentalen ideologischen, sondern auch keinen strategischen Dissens in der Partei gibt. Die immer wieder auftretenden Konflikte wären dann vielmehr persönlich oder habituell motiviert. In der Tat arbeiten die Autoren die „Kultur des Misstrauens“ (133) innerhalb der

Linkspartei sehr pointiert heraus. In diesem Lichte wäre dann die zunehmende Professionalisierung und die habituelle Anpassung der Reformer an das parteipolitische Establishment der Bundesrepublik der wesentliche Stein des innerparteilichen Anstoßes in der Linkspartei. Hier sei aber betont, dass *Oppelland* und *Träger* dieses Erklärungsmuster zwar anlegen, aber nicht systematisch verfolgen. Trotz der betonten strategischen und ideologischen Schnittmengen bezeichnen sie die Linkspartei im Abschnitt zur programmativen Entwicklung wiederum als „ideologisch zerstritten“, wie es schon der Untertitel des Buches andeutet. Kurzum, es fehlt der Darstellung an einer integrierenden Fragestellung und an einer übergreifenden Kernthese, wie sie der Analyse der CDU durch Franz Walter, Christian Werwath und Oliver D‘Antonio zugrunde liegt, in der die dauerhafte Dominanz der CDU im deutschen Parteiensystem trotz Fluktuation der Wählerbasis mit dem integrativen Gründungsmythos der Partei erklärt wurde. *Oppelland* und *Träger* bieten im Vergleich eher eine Werkschau auf hohem Niveau, in der allerdings widersprüchliche Urteile letztlich unverbunden nebeneinander stehen. Vielleicht haben sich die Autoren in dieser Hinsicht schlüssigweg ihrem Forschungsobjekt angepasst.

Allerdings ließe sich auch argumentieren, dass ein gewisser analytischer bias bereits im Charakter der Reihe angelegt ist: Der Rezensent hegt ernsthafte Zweifel, inwiefern die Entwicklung einer Partei und selbst deren interne Entscheidungsprozesse ohne systematische Verweise auf deren Interaktion mit anderen Parteien und den institutionellen Kontext analysierbar sind. Am interessantesten ist das vorliegende Buch

denn auch immer dann, wenn die Bin-nenperspektive durchbrochen wird und *Oppelland* und *Träger* die Linkspartei im Zusammenspiel mit anderen Parteien untersuchen. Beispielsweise betonen die Autoren im Hinblick auf die innerparteilichen Auseinandersetzungen die Parallelen zu den Grünen (133), stellen aber leider nicht die Frage, unter welchen Bedingungen denn ein linkes Neumünster, also eine Trennung vom orthodoxen Flügel, denkbar wäre. Wären die ideologischen Differenzen innerhalb der Linkspartei in der Tat unüberbrückbar, käme dieser Frage eine zentrale Bedeutung zu. Sehr gelungen fällt die Analyse des Verhältnisses zu SPD und Grünen im Hinblick auf Regierungsbündnisse aus. Hier kommen die Autoren auch zu einem pro-noncierten Urteil, indem sie solchen Bündnissen auf Bundesebene eine nur geringe Wahrscheinlichkeit prognostizieren (223–8). So legen *Oppelland* und *Träger* eine insgesamt sehr gelungene Überblicksdarstellung vor, der manchmal etwas mehr Mut zu über-greifenden Systematisierungen und Thesen zu wünschen gewesen wäre.

Michael Kofß

INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Slutsch, Sergej und Carola Tischler (Hrsg.): *Deutschland und die Sowjetunion 1933–1941. Dokumente aus russischen und deutschen Archiven. Bd. 1: 1933/1934, 2 Teilbände*. München. De Gruyter / Oldenbourg 2014. 1536 Seiten. 198,00 €.

Mit dem ersten Band der Dokumentation Deutschland und die Sowjetunion

1933–1941 hat die Gemeinsame Kommission zur Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen ein zentrales Werk zur Analyse der nationalsozialistischen Außenpolitik vorgelegt. Für das Deutsche Reich bedeutete das Jahr 1933 eine doppelte Zäsur. Ende 1932 hatten die Entente-Mächte auf der Genfer Abrüstungskonferenz Deutschland prinzipielle Gleichberechtigung auf dem Rüstungssektor zugestanden. In der Folge entspannten sich daher die Beziehungen Berlins zu den Westmächten, während die Kooperation mit der Sowjetunion an Bedeutung verlor. Einem Gezeitenwechsel glich dann die Machtergreifung Adolf Hitlers im Januar 1933. Die Tragweite dieses Schrittes wurde zunächst weder im Westen, noch in der UdSSR erkannt; so sah zum Beispiel Stalin in der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler zunächst nur eine vorübergehende Episode in der langen Liste deutscher Reichskanzler.

Wie reagierte nun die sowjetische Seite auf den Wechsel in Berlin? Entwicklung und Durchführung außenpolitischer Entscheidungen oblagen in Moskau dem Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten („Narkomindel“), das Grundsatzfragen jedoch mit Stalin – der „Instanz“, wie es in den sowjetischen Texten heißt – abstimmte. Noch im Unklaren über die Richtung der neuen deutschen Politik, beschränkte sich die sowjetische Seite 1933–1934 zunächst auf ein pragmatisches und undogmatisches Lavieren voller Widersprüche. In den von Hitler bereits wenige Tage nach der Machtergreifung in einer Rede vor der Reichswehrführung abgesteckten Grundlinien seiner künftigen Politik wurde eine Abkehr vom Multilateralismus der Weimarer Republik angekündigt und deren bevorste-